Gegen links sind die Fronten abgesteckt

Autor(en): **Forster, Peter**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

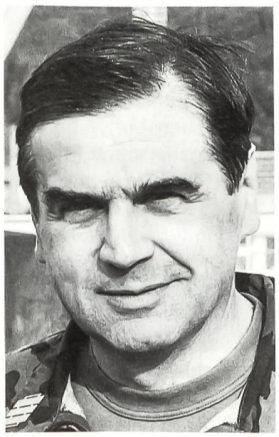
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Gegen links sind die Fronten abgesteckt



Winston Churchill glaubte nur an die Statistiken, die er selber gefälscht hatte. Überhaupt ist mit Umfragen Vorsicht geboten; denken wir nur an die Institute, die der Nationalbank-Initiative in der Abstimmung vom 24. September 2006 monatelang einen haushohen Sieg prophezeit hatten.

Eher zum Nennwert zu nehmen sind die Umfragen der ETH Zürich zur Sicherheitspolitik. Gewiss nehmen wir am liebsten die Ergebnisse auf, die uns bestätigen und Freude bereiten. Doch die Erhebung 2006 zum Vertrauen des Volkes in seine Institutionen dürfen zur Kenntnis genommen werden.

Demnach gewann auf der Zehnerskala einzig die Armee. Ihr Wert stieg von 6,3 auf 6,8. Signifikant verloren der Bundesrat – 6,0 statt 6,3 – und die Medien – von 4,9 auf 4,5. Auch das Parlament büsste 0,2 Punkte ein und liegt jetzt bei 5,8. Das höchste Vertrauen geniesst seit jeher die Polizei (7,2), gefolgt von den Gerichten, die mit der Armee zusammen den zweiten Rang belegen (6,8).

Das mögen Spielereien sein, und allein die Umfragewerte stützen die Armee in der härter gewordenen politischen Auseinandersetzung noch nicht. An verschiedenen Fronten sind Angriffe auf die Landesverteidigung, ihre Fundamente und Traditionen im Gang.

Einen tückischen Vorstoss führt – erstens – die GSoA gegen die Schweizer Rüstungsindustrie. Zum wiederholten Mal suchen die Armeeabschaffer den Rüstungsbetrieben ein Ausfuhrverbot aufzuzwingen. Mit allem ist die GSoA bisher gescheitert: mit dem Exportverbot von 1972, dem Rüstungsreferendum von 1987, der Armeeabschaffung von 1989, dem Kampf gegen den F/A-18 und die Waffenplätze von 1993, dem Ausfuhrverbot von 1997, der Umverteilung von 2000 und der erneuten Abschaffungsinitiative von 2001.

Jetzt tritt die GSoA wieder an, und ihr neuer Vorstoss kommt um keinen Deut besser daher als alle bisherigen. Mit dem Exportverbot versuchen die Gegner der Landesverteidigung die Rüstungsindustrie und die Armee im Mark zu treffen.

Ein Ausfuhrverbot würde das Ende der Schweizer Rüstung bedeuten. Die Schweizer Armee war und ist auf Einfuhren angewiesen. Doch die Rüstungsbetriebe, die das Land noch besitzt, müssen gegen die GSoA geschützt werden. Es gibt zu denken, wenn Dölf Greuter, der technische Chef von MOWAG, öffentlich bekennt, ein Ja zur GSoA-Initiative würde seiner Radpanzer-Fabrik einen schweren Schlag versetzen. Mit entschlossenem Widerstand müssten die Armeeabschaffer indessen erneut zu besiegen sein.

An einer anderen Front kämpft – zweitens – der Umweltaktivist Franz Weber. *Sein* untauglicher Vorstoss will in Tourismusgebieten Jetflüge der Luftwaffe verbieten. Würde seine Initiative angenommen, könnten die Kampfpiloten in der Schweiz keine glaubwürdigen Übungen mehr durchführen. Auch gegen Weber ist Widerstand angesagt, und auch gegen ihn kann die Abstimmung gewonnen werden.

Schwierig zu bekämpfen sind – drittens – die zahlreichen Nadelstiche und politischen Attacken, die gegenwärtig im Bereich des Waffenrechts unternommen werden. Vordergründig richten sich die Angriffe gegen die Tradition, dass der Schweizer Wehrmann seine Waffe samt Taschenmunition nach Hause nimmt und dort aufbewahrt. Geschickt spielen die Initianten – die Feder führt der Friedensrat – den Umstand aus, dass *in ganz, ganz seltenen Fällen* Dienstwaffen missbraucht werden. Dem ist entschieden die Tatsache entgegenzusetzen, dass seit Jahrzehnten Hunderttausende Schweizer verantwortungsbewusst mit ihrer Waffe umgehen.

Hinter allen Vorstössen steht die Absicht, die Armee, ihre Verwurzelung im Volk und den Gedanken der Landesverteidigung zu schwächen. Die Fronten sind abgesteckt. Gegen jede einzelne Initiative ist Widerstand zu leisten – eingedenk der Erkenntnis, dass die Vorstösse dereinst auch gegen die Miliz und die allgemeine Wehrpflicht geführt werden können. Es sind letztlich immer die gleichen Kreise und Parteien, welche die Armee zu unterhöhlen suchen.

Erschwert wird der Kampf gegen die Armeegegner durch den Umstand, dass nicht mehr viele Politiker entschlossen für die Landesverteidigung einstehen. Die Zahl der Parlamentarier, die sich noch mit Herzblut für die Armee einbringen, lässt sich an wenigen Händen abzählen.

Aber wer weiss, vielleicht trägt das Vertrauen, das die Armee im Volk geniesst, dazu bei, dass sich im Wahljahr 2007 wieder mehr Stände- und Nationalräte zur Landesverteidigung bekennen.

Peter Forster, Chefredaktor